

Zur Forderung von CDU-Generalsekretär Rolf Hilke „alle rechtlichen Möglichkeiten zu nutzen um den Erwerb und die Einrichtung eines Schulungszentrums durch die NPD in Rauen zu verhindern“, erklärt der Sprecher für ein Tolerantes Brandenburg gegen Rechtsextremismus Andreas Bernig:

Politische Frage steht im Vordergrund

Die Forderung von CDU-Generalsekretär hat nicht erste Priorität. Womit wir es zu tun haben ist nicht zuerst eine Rechtsfrage sondern eine Politische. Der CDU-Generalsekretär sollte sich für ein breites politische Bündnis aller Demokraten einsetzen das der NPD und ihren Anhängern klar macht: Wir wollen keine politische Partei, die die Möglichkeiten des Rechtsstaates und der Demokratie schamlos nutzt um diese letztlich ab zu schaffen. Nicht in Kleinow, nicht in Rauen und an keinem anderen Ort in Brandenburg.

Wenn Rolf Hilke etwas zur Stärkung des Rechtsstaates tun will, dann sollte er die Forderung nach Aufnahme des Verbotes die Wiederbelebung nationalsozialistischen Gedankengutes in die Verfassung und in das Grundgesetz unterstützen. Gegenwärtig reichen die Mittel des Rechtsstaates nicht aus um die eindeutig verfassungswidrige NPD zu verbieten. Auch weil der Verfassungsschutz nicht bereit ist seine V-Leute ab zu schalten. Sie waren der Grund, warum das Verbotsverfahren 2003 formal scheiterte.